III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, VOLKMARSTRASSE 5
TEL.: HOTT. 5217

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 107	27. August 1920	י"ג אלול תר"ף	Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Ueber die jüdische Welthilfskonferenz.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" nahm in Karlsbad Gelegenheit, mit den verschiedensten jüd. Persönlichkeiten über aktuelle jüd. Fragen Rücksprache zu nehmen. Wir werden im Laufe der nächsten Wochen eine Reihe dieser Unterredungen veröffentlichen. Zuallererst seien hier die aus den Gesprächen mit den verschiedenen Delegierten gewonnenen Meinungen und allgemeinen Eindrücke über die Karlsbader Welthilfskonferenz wiedergegeben:

Im allgemeinen ist man der Konferenz mit einer gewissen Skepsis entgegengetreten. War es ja der erste Versuch zu einer allweltlichen Tagung mit solch weitgestreckten Zielen und stand es doch fest, dass weder das Joint Distribution Committee noch die ICA offiziell teilnehmen würden. Auch wusste niemand aus welchen Elementen sich die Tagung zusammensetzen würde. Anfangs ergaben sich auch — wenn auch für Aussenstehende unbemerkt — gewisse Schwierigkeiten und manche Teilnehmer befürchteten ein Fiasko. Wenn auch die Vorbereitungen des unter Leo Motzkins weitblickender Leitung stehenden Organisationskomitees ziemlich gründliche waren, fehlten doch die Materialien als sachliche Grundlage der Diskussion, und als die Kommissionen zusammentraten gab es manchen Zweifler, der ihren Beratungen reserviert gegenüberstand. Nun zeigte es sich aber, dass die Kommissionen eine grosse Arbeit bewältigten; die sachlichen Voraussetzungen waren in den Fachkenntnissen und Erfahrungen der Mitglieder gegeben. Auch die von führenden demokratischen Elementen aller Lager gleich am ersten Tage „im Sturme" durchgeführte Einsetzung des „Permanenz-Ausschusses" erwies sich als sehr vorteilhaft, weil dadurch alle Personalfragen aus der Konferenz in ein Beratungszimmer verlegt wurden und die Arbeit „hinter den Kulissen" eine bemerkenswerte Entlastung der Konferenz war. Zu aller Zufriedenheit wurde die Stellung dem „Joint" gegenüber präzisiert. Es ergab sich, dass an die Stelle kleinlicher Kritik höhere Gesichtspunkte getreten waren. Ein grosses positives Programm, auf Grund der Arbeiten der Kommissionen geschaffen, bietet die Gewähr, dass die öffentliche jüd. Meinung nicht ohne Einfluss auf die weitere Tätigkeit des „Joint" und die anderen grossen Hilfsorganisationen bleiben wird. Von dem hängt es auch ab, wie der gewählte Zentralrat, der alle aktiven Elemente einschliesst, und auch noch durch Kooptation aus den sich anschliessenden Organisationen ergänzt werden soll, bei der wahrscheinlich im Dezember in Wien oder einem anderen geeigneten Orte stattfindenden Sitzung sein Programm in der Koordinierung der Hilfstätigkeit nach den von der Konferenz beschlossenen Richtlinien verwirklichen wird. Sehr hoch einzuschätzen ist der Entschluss, auch in Europa alle kapitalkräftigen Kreise für das Hilfswerk heranzuziehen, einerseits um Amerika zu entlasten, andererseits um den Einfluss des Ostjudentums selbst zu stärken.

Der allgemeine Eindruck der Konferenz ist also ein günstiger und berechtigt zu grossen Hoffnungen. Ein grosser allgemein empfundener Ernst kam in den zahlreichen Debatten zum Ausdruck. Angenehm vermerkt wurde auch das Einvernehmen, das in den meisten Fragen unter den Parteien herrschte. Es ergab sich, dass die wichtigsten Fragen nur auf geringe Gegensätze stiessen, welche mit gutem Willen schliesslich beseitigt wurden. Auch den Forderungen der Orthodoxie wurde durch Annahme der Resolution Hoffmann Rechnung getragen. Und dieser gute Wille herrschte in allen Lagern. Das Präsidium, allen voran der tiefgründige Motzkin, der mit unglaublicher Ausdauer und viel Humor die Geschäfte führte, aber auch der wunderbar lebendige Greis, Prof. Simonsen, Sliosberg, der gediegene Politiker Minister Soloweitschik und alle anderen bewältigten mit viel Geschick ihre Aufgabe. In den Kommissionen leisteten besonders Frau Anitta Müller und die Oberrabbiner Chajes und Ehrenpreis (Fürsorge-Kommission), Trietsch, Dr. Hellmann, Dr. Birnbaum, Dr. B. Kahn (Emigrations-Kommission) gründlichste Arbeit. Die wichtigste Kommission, die für Wiederaufbau, schuf eine Menge genauest verarbeiteter Materialien. Hier lag die Arbeit in den Händen von Bramson und Jefroikin, die seit jeher sich besonders mit der Frage der Kooperativen befassten, sowie in der Hand von Staatssekretär Dr. Rachmielewitsch und Dr. Krämer, die in den Beratungen und letzterer in seinem Referate über die Bankfrage gediegene Arbeit leisteten.

Ernennung neuer Kommissionen in Palästina.

Die Zion. Organisation hat unterm 12. ds. aus Jerusalem eine telegraphische Mitteilung erhalten, dass Herbert Samuel eine Reihe neuer für das Land wichtiger Kommissionen eingesetzt hat, u. zw. eine Bodenkommission bestehend aus Major Abramson, Feidi Almi und Kalwarisky, zwecks Ermittlung der, der Regierung zur Verfügung stehenden Ländereien und deren Beschaffenheit, ferner eine Kommission zum Studium der Bodenwertzuwachssteuer mit Dr. Ruppin und Ben Zwi, eine Kommission zur Förderung von Kreditbanken, der der Vizepräs. des Appellationsgerichtshofes, der Chef des Agrikulturdepartements u. Ing. Tolkowski, sowie Vertreter der Christen und Muselmannen vorstehen, wie auch ein Departement zur Erforschung der Altertümer.

Dazu berichtet der palästinensische Mitarbeiter der „Jüd. Presszentrale Zürich": Der High Commissioner ernannte eine Kommission zur Prüfung der Fragen des Bodenbesitzes. Die Kommission wird in erster Reihe Umfang und Beschaffenheit der verschiedenen der Regierung zur Verfügung stehenden Ländereien zu untersuchen haben. Bisher herrschte in dieser Frage grosse Unsicherheit. Die türkische Regierung hatte zwar ein genaues Verzeichnis der dem Sultan gehörenden Ländereien, die in den Besitz der jetzigen Regierung übergegangen sind. Dagegen fehlten zu-

meist Aufzeichnungen über den Bodenbesitz, dessen Eigentümer ohne Hinterlassung von Erben gestorben waren, wie auch über das unbebaute, herrenlose Land. Die Kommission wird Mittel und Wege suchen müssen, um diese verwickelten Fragen zu lösen und diese Ländereien der Wohlfahrt des Landes zuzuführen. Durch Aufforstung werden zahlreiche bisher brachliegende Gebiete urbar gemacht werden können. Die Kommission wird auch zu berichten haben, welche Bodenflächen sich vorerst zur intensiven Bodenkultur eignen, da zahlreiche Ländereien durch intensivere Besiedelung viel fruchtbarer gemacht werden könnten. Die Kommission wird auch die Interessen der Leute zu wahren haben, die, ohne sich über ihr Eigentum ausweisen zu können, den Boden seit undenklicher Zeit im Besitz haben. Es gibt auch grosse, der Regierung gehörende Ländereien, die für längere Zeit an bestimmte Stämme oder an Fellachen von verschiedenen Ansiedelungen verpachtet worden sind, deren Rechte gewahrt werden müssen. Sie wird auch Gutachten darüber abgeben, wie Bodenverkauf ohne Beschützung der ihn jetzt Bebauenden zu verhindern sei. In allen diesen Fragen wird die Kommission dem Oberkommissär als beratende Stelle zur Seite stehen. Die Kommission wird das Land in seiner ganzen Ausdehnung bereisen, um über alle Bodenfragen persönliche Erkundigungen einzuziehen. Major Abramson, gewesener Verwalter der Kreise Akka und Hebron, zeichnet sich durch gründlichste Kenntnis des Landes und seiner Bewohner aus. Er ist Nichtjude.

Die Kommission zur Förderung von Kreditbanken wird bei einer oder mehreren Banken Schritte zu unternehmen haben, um die Erlangung von Krediten auf Grund der Verpfändung unbeweglicher Güter zu erleichtern. Handelsbanken, wie sie heute bestehen, sind nicht in der Lage, langfristige Kredite zu gewähren, weshalb die Gründung spezieller Banken, sog. Hypothekarbanken, notwendig ist. Zur Zeit des türkischen Regimes existierte eine solche Regierungsbank, während die anderen Banken, infolge der unbefriedigenden, alten Hypothekargesetzgebung sich diesem Geschäftszweige nicht widmen konnten. Da sich diese Kommission grösstenteils mit rechtlichen Fragen zu befassen haben wird, wurde zu deren Leiter der Vizepräs. des Appellationsgerichtshofes ernannt. Je ein Vertreter der Jerusalemer jüdischen, christlichen und muselmanischen Gemeinde gehören der Kommission an. Zahlreiche Bodenbesitzer sind jetzt infolge der durch den Krieg aufgezwungenen Schulden überlastet, weshalb die Gerichtshöfe den exekutiven Bodenverkauf nicht gestatten. Dieses, seit der engl. Okkupationszeit bestehende Verbot dürfte bis zur Gründung der entsprechenden Kreditbanken verlängert werden. Die Kommission wird auch zu begutachten haben, ob der Zinsfuss der Banken durch die Regierung normiert werden soll, ferner auf welche Weise diese Banken durch die Regierung unterstützt werden sollen, um den Bedürfnissen der Bodenbesitzer gerecht werden zu können.

Poale Zion und zweite oder dritte Internationale.

Morris Myer, Vorsitzender des jüd. Arbeiterhilfsfonds in England, Mitglied des Board of Deputies und Mitglied der Exekutive der engl. Poale-Zion, Herausgeber der zweimal täglich erscheinenden Londoner „Jewish Times“, der den Arbeiterhilfsfonds als Delegierter in Karlsbad und die engl. Poale-Zion am Wiener Weltkongress der Poale-Zion vertrat, hatte die Freundlichkeit, dem Herausgeber der „Jüd. Presszentrale Zürich“ in einer eingehenden Besprechung der Ergebnisse der Wiener Weltkonferenz und der Stellung der Poale-Zionisten zur Frage des Beitritts zur dritten Internationale nachstehende Aeusserungen zu machen, die um so beachtenswerter sind, als die in Wien zu Tage getretenen prinzipiellen Meinungsdifferenzen auch eine gewisse Klärung für die nichtjüdischen Sozialisten mit sich bringen dürften.

Morris Myer führte u. a. aus: Die Ansichten der Poale-Zionisten über die Frage des Beitritts zur dritten Internationale sind geteilt. Diejenigen, welche das sozialistische Prinzip über die Interessen der jüd. Volksmassen stellen, sind für den baldigen Anschluss an die dritte Internationale, u. zw. ganz **bedingungslos**. Sie sind in den Irrtum der alten Sozialisten-Assimilanten verfallen, die da glaubten, dass der Triumph der sozialen Revolution **alle** nationalen Probleme, also auch das jüdische Problem, lösen wird. Ihr Glaube, dass der Triumph der sozialen Revolution vor der Türe steht, ist ebenfalls irrig. Dass die Ereignisse in Russland sich in naher Zukunft auch in allen anderen Ländern wiederholen werden, steht keineswegs zu erwarten. Die anderen, denen die Interessen der jüd. Volksmassen ebenso wichtig sind wie das sozialistische Prinzip, sind für die dritte Internationale weit weniger begeistert. Sie betrachten den Aufbau Palästinas als jüdisch-nationales Heim auf sozialistischen Grundlagen als hauptsächlichstes Feld ihrer Tätigkeit und sind der Ansicht, dass die dritte Internationale in dieser Richtung nur sehr wenig für sie leisten kann. Dieser Teil der Poale-Zionisten richtet seine Blicke mehr auf die englische Arbeiter-Partei und möchte nur einer Internationale angehören, der der sozialistische Flügel der Independence Labour Party angehört. Diese Gruppe vertrat auf der Weltkonferenz in Wien den Standpunkt, dass der Anschluss an die dritte Internationale keineswegs bedingungslos erfolgen könne. Falls beschlossen worden wäre, solche Bedingungen festzusetzen, so wären diese sicherlich derart ausgefallen, dass auch für die englische Arbeiter-Partei die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, sich der dritten Internationale anzuschliessen. Ich bin allerdings sicher, dass die dritte Internationale derartige Bedingungen nie akzeptiert hätte. Diese zwei Richtungen unter den Poale-Zionisten konnten zu keiner Uebereinstimmung gelangen und so ist die Spaltung entstanden. Man bemüht sich zwar, eine Brücke zu schaffen, um bezügl. der Arbeit in Palästina ein Zusammengehen zu ermöglichen, aber ich glaube kaum, dass dies gelingen wird. Falls dies doch der Fall wäre, dann dürfte dieses Zusammengehen wohl kaum von langer Dauer sein. Ebenso dürften die West-Sozialisten gegenwärtig wohl nicht der gleichen Internationale angehören können wie die Ost-Sozialisten, weil diese glauben, berauscht von den Siegen der Bolschewisten in Russland, dass die dortigen Geschehnisse den Anfang der sozialen Weltrevolution bedeuten. Sie sehen nicht ein, dass das, was in Russland vorgefallen ist, in Wirklichkeit nur eine **nationale** Revolution ist, die **proletarische** Formen angenommen hat u. zw. deshalb, weil die übrigen Klassen nicht stark und selbstbewusst genug waren, diese Revolution in ihre Bahn zu lenken. Diesen Standpunkt der Ost-Sozialisten können die West-Sozialisten nicht einnehmen, weil in deren Ländern die bürgerlichen Klassen noch genügend kräftig sind und nicht so leicht überwältigt werden können. Des weiteren sind die Bedingungen ihrer Völker nicht so arg wie die des russischen Volkes. Sie wollen auf diese günstigeren Verhältnisse nicht verzichten, weshalb sie geneigt sind, den Sozialismus stufenweise durch Evolution zu verwirklichen, unter Ablehnung jeder Gewalt-Revolution und Diktatur des Proletariates. Ich glaube, dass die Ost-Sozialisten zum Standpunkt der West-Sozialisten gelangen werden und nicht umgekehrt, weil selbst die Bolschewisten, trotz der Diktatur des Proletariates, nicht imstande sind, in Russland den Sozialismus vollständig durchzuführen. Dies wird auch dort nur stufenweise gehen, wobei die kapitalistischen Methoden noch lange Zeit

beibehalten werden dürften. Solange es keine Einigkeit zwischen Ost- und West-Sozialisten geben wird, ebensolange werden auch die jüd. Sozialisten nicht einig gehen. Ein Teil wird der einen und der andere der anderen Internationale angehören.

Plenarsitzung des Komitees der Jüd. Delegationen.

Das Komitee der Jüd. Delegationen befasste sich auf seinen am 15. und 16. August in Karlsbad stattgefundenen 4 Dauersitzungen mit einer Reihe von wichtigen Fragen, als deren Resultat nachstehende Resolutionen anzusehen sind. Der Präsident Sokolow und Generalsekretär Motzkin erstatteten ausführliche Berichte über die Tätigkeit der Leitung seit der letzten Vollsitzung. Aus dem Ueberblick über die in den speziellen Fällen erzielten Erfolge der Tätigkeit des Komitees und auf Grund der Beleuchtung der noch schwebenden zu regelnden Fragen ergab sich nach eingehender Debatte die Notwendigkeit, das Komitee mit der Fortsetzung seiner Tätigkeit zu beauftragen und letztere auszubauen. An der Diskussion beteiligten sich insbesondere die Vertreter der Exekutive der Jüd. Kongresse in Amerika und Kanada, der litauische Minister für jüd. Angelegenheiten, Vertreter des nationalen Sekretariates der Ukraine, ein Vertreter aus der Konstituante von Lettland usw. Die Delegierten berichteten über die Haltung ihrer Regierungen zu den Fragen der jüd. Autonomie und unterbreiteten die Wünsche ihrer Nationalräte, wobei übereinstimmend betont wurde, dass das Komitee sich wie bisher stets jeder Einmischung in Territorial- und Grenzfragen zu enthalten habe. Das Komitee, welchem der Schutz der bürgerlichen und nationalen Rechte der Juden in den einzelnen Ländern obliegt, werde sich auch jeder Einmischung in die Angelegenheiten enthalten, welche von den Juden in den Ländern selbst erledigt werden können. Breiten Raum nahm die Behandlung der Fragen ein, die sich auf die Schaffung einer dauernden interterritorialen Vertretung im Hinblick auf den Völkerbund bezogen. Diese Vertretung, der Waad Haarazoth (Rat der Jüd. Delegationen) soll als Exekutive aus einem grossen Rate hervorgehen, der auf breitester demokratischer Basis in allen Ländern gewählt werden soll. Das Komitee wird dahin wirken, dass die nationalen Repräsentanzen der Länder (Nationalräte, Kongresse, Gemeindebünde usw.) auf Grund allgemeiner Wahlen zu einer Vertretung aller Parteien und Klassen des Judentums ausgestaltet werden. Die Vertreter der Länder verpflichteten sich, durch ihre nationalen Repräsentanzen für die Sicherung des Budgets des Komitees Sorge zu tragen. Des weiteren wurde beschlossen, die Bildung einer jüd. Sektion für die Propagierung des Völkerbundgedankens unter den Juden in Angriff zu nehmen. Die Vorarbeiten hierzu wurden einem Komitee von Juristen übertragen. Ferner wurde dem einmütigen Wunsche Ausdruck verliehen, dass womöglich alle grösseren Ländern ihre ständigen Referenten in das Komitee delegieren, welche bis zu Konstituierung des Waad Haarazoth die entsprechenden Arbeiten zu leiten haben werden.

Resolution.

Das Komitee der Jüd. Delegationen hat in seiner am 15. und 16. August 1920 in Karlsbad unter Teilnahme von Delegierten aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada, Russland, Ukraine, Polen, Ostgalizien, Grossrumänien, Tschecho-Slovakei, Litauen, Oesterreich, Lettland stattgefundenen Sitzung, nach Anhörung eines Tätigkeitsberichtes und nach eingehenden Diskussionen, an welchen sich die Vertreter der Länder beteiligten, nachstehende Beschlüsse gefasst: Die Plenar-Sitzung des Komitees billigt die bisherige Tätigkeit und die Methoden von denen sich die Leitung des Komitees bei ihrer Arbeit leiten liess und spricht den Wunsch aus, dass die Tätigkeit in dem bisherigen Sinne fortgesetzt werde. Es soll ein Aufruf an die Judenschaft der einzelnen Länder erlassen werden, die Vorbereitungen zur Schaffung des Rates der Jüd. Delegationen (Waad Haarazoth) als permanente interterritorielle Vertretung jüdischer Rechtsforderungen und jüdischen Rechtschutzes zu treffen. Das Komitee hat alle Vorbereitungsschritte einzuleiten, um die Schaffung des Waad Haarazoth zu sichern, insbesondere direkte Verhandlungen mit den bestehenden jüd. nationalen Repräsentanzen (nationalen Kongressen, nationalen Konferenzen, Nationalräten, Gemeindeverbänden usw., sowie mit den verschiedenen Gruppen und Richtungen im Judentum zu führen, um die Voraussetzungen zur Wahl des Waad Haarazoth auf breitester demokratischer Grundlage zu schaffen. Zwecks Durchführung dieses Beschlusses wird ein spezielles Ressort im Komitee errichtet. Ueber den Zeitpunkt des Zusammentrittes des Waad Haarazoth wird nach Einlangen der Berichte aus den Ländern eine neuerliche Plenarsitzung zu entscheiden haben. Es wird den Leitern des Komitees überlassen, die Frage des weiteren Sitzes des Komitees gemäss der Notwendigkeit der Lage zu entscheiden. Die nächste Plenarsitzung des Komitees soll in der zweiten Hälfte des Dezembers einberufen werden, als Ort soll event. Wien in Betracht kommen.

Besprechung der jüd. Delegierten aus den neuen Staaten.

Wie der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet, fand anlässlich der jüd. Welthilfskonferenz in Karlsbad auf Einladung des litauischen Minister für jüd. Angelegenheiten, Dr. Soloweitschik, eine Aussprache statt unter den Vertretern der jüd. Nationalräte und Repräsentanten aus den neugebildeten Staaten Osteuropas. Die Aussprache, an welcher ausser Teilnehmern aus Oesterreich, Gross-Rumänien, Russland und Polen, auch solche aus Litauen, Tschecho-Slovakei, Ukraine, Lettland usw. teilnahmen, bezog sich auf den Austausch von Berichten über die Forderungen der jüd. Autonomie und deren Entwicklung in den betreffenden Ländern, sowie über den tatsächlichen Stand und die Möglichkeiten der Rechts-Einrichtungen auf Grund der Friedensverträge und der Landes-Gesetzgebungen. Die Aussprache bot für alle Teilnehmer eine Fülle von Anregungen und bewirkte, dass die einzelnen Vertreter allgemein dem Wunsche nach einem weiteren Kontakt der jüd. Repräsentanten Ausdruck gaben.

Resolutionen der Karlsbader Hilfskonferenz.

(Schluss.)

Resolution der Fürsorgekommission.

1.) Kinderfürsorge ist ein integrierender Bestandteil des gesamten Hilfswerkes und bietet gleichzeitig eine rasche, wie konstruktive Hilfe. 2.) Zum Zwecke einer einheitlichen Regelung wird im Rahmen der zu schaffenden Zentralstelle eine besondere Abteilung für Kinderschutz und Jugendfürsorge errichtet. 3.) Aufgabe dieser Abteilung ist: a) Schaffung und Sichtung authentischen Materials über Zahl, Alter, Geschlecht und Unterbringungsmöglichkeit aller fürsorgebedürftigen Kinder. b) Studium und Prüfung der besten Methoden zur Versorgung verlassener und verwaister Kinder (Kindersiedlungen, Adoption, Versorgung der Kinder ausserhalb des Landes. c) Gründung von Landesstellen für Kinderschutz und Jugendfürsorge. d) Systematische Propaganda zwecks Aufbringung der für die Waisenfürsorge erforderlichen Mittel. e) Schaffung einer jüd. Welthilfsmarke zugunsten verlassener und verwaister Kinder (Waisenmarke). 4.) Die Kommission empfiehlt einen namhaften Bruchteil des gesamten Hilfsbudgets, welches aufgebracht wird, für Kinderfürsorge zu bestimmen. 5.) Die Kommission wünscht, dass die Welthilfskonferenz in einem Aufruf die ganze jüd. Welt zur Teilnahme am Welthilfswerk auffordert.

Schul- und Bildungswesen. 1.) Die jüdische Welthilfskonferenz hält den Aufbau des jüd. Schul- und Bildungswesens in in den Notstandsländern für eine der Hauptaufgaben der Konstruktionshilfsarbeit, um die Jugend dem Judentume zu erhalten und

sie für produktive Berufe vorzubereiten. 2.) Zur Durchführung der angestrebten Berufsumschichtung wird als notwendig erkannt: a) Die Errichtung eines Netzes von Volksschulen, von Fach- und Gewerbeschulen, Tages- und Abendkursen. b) Die Gründung landwirtschaftlicher Schulen. c) Die Schaffung geeigneter Berufsschulen für Mädchen, in erster Reihe für Haushaltungs- Erziehungs- und Wohlfahrtsberufe. 3.) Die von der Hilfskonferenz zu schaffende Zentralinstanz unterstützt alle Organisationen, die sich mit der Errichtung von Schulen befassen proportionell der Schülerzahl und unter gleichmässiger Berücksichtigung aller im Judentume vertretenen Richtungen. 4.) Die Kulturhilfe fordert weiters die Heranbildung von Lehrkräften und die Herausgabe geeigneter Unterrichtswerke, insbesondere Lehrerseminare. 5.) Im Rahmen des gesamten Erziehungswerkes ist der körperlichen Ertüchtigung der ostjüdischen Jugend besondere Aufmerksamkeit zu widmen. 6.) Zur Erreichung obgenannter Ziele wird in der Zentralstelle ein Organ rein administrativer Natur geschaffen. Diesem steht kein Einfluss auf Richtung und Lehrinhalt der verschiedenen Schultypen zu.

Studentenhilfe. Die jüd. Welthilfskonferenz erklärt die Studentenhilfe als Bestandteil des jüd. Hilfswerkes. Die Bekämpfung der Notlage der jüd. Studentenschaft erfordert: 1.) Schnelle Hilfe für die Kriegsbeschädigten und die von der Heimat Abgeschnittenen. 2.) Errichtung von Studentenheimen, Küchen, Konsumstellen und Beschaffung von Studienmitteln. 3.) Die Durchführung einer Berufsumschichtung im Sinne einer Ablenkung von den akademischen Berufen und Gründung von Lehrwerkstätten, Fachkursen und Lehrfarmen. Die Welthifskonferenz fordert anderseits die jüdische Studentenschaft auf, sich in den Dienst der jüd. sozialen Aufbauarbeit zu stellen. Unter allgemeiner Studentenhilfe wird auch die Hilfe für Studierende der Jeschiboth verstanden.

Kriegsgefangenen- und Invalidenfürsorge. Im Interesse des beschleunigten Rücktransportes der jüd. Kriegsgefangenen aus Sowjetrussland und Sibirien, sowie der Wiederaufrichtung der Kriegs- und Pogrominvaliden wird die Gründung einer Heimkehrer- und Kriegsinvalidenstelle vorgeschlagen, welcher folgende Aufgaben obliegen: a) Rücktransport der jüd. Kriegsinvaliden. b) Fürsorge für die Heimkehrer. c) Berufsvermittlung und Förderung der Berufsumschichtung. d) Rechtsschutz. e) Errichtung von Heimen für Erwerbsunfähige.

Resolution der Emigrationskommission.

Ausgehend von der Tatsache, dass die jüd. Emigration einen Umfang und eine Bedeutung angenommen hat, die sie zu einem der lebenswichtigsten Faktoren der gesamten Judenheit macht, muss die Emigrationsangelegenheit auch eine Sache der gesamten Judenheit sein. Die jüd. Welthilfskonferenz beschliesst daher: Die neugewählte Welthilfszentrale wird beauftragt, sofort eine spezielle Sektion als Zentralwanderungsstelle zu errichten, deren Aufgabe es ist, regulierend die jüdische Emigration zu überwachen, fürsorgend für die Emigranten tätig zu sein und auch den bereits Eingewanderten Schutz und Beratung zu teil werden zu lassen. Alle Organisationsformen, die sich bewährt haben zur Regulierung der Emigration, zur Informierung und Schutze der Emigranten werden, soweit sie nicht schon bestehen, von dieser Zentralstelle aus durchgeführt und in ein einheitliches System gebracht. Die Einzelarbeiten liegen bei den Organisationen in den Einwanderungs-Durchwanderungs- und Auswanderungsländen. Die Art der Einzelarbeiten zu bestimmen ist je nach den Verhältnissen des Ortes und des Landes und den verschiedenen Bedürfnissen der Emigranten in den verschiedensten Stationen und Etappen von diesen Organisationen festzusetzen. Das Zentralwanderungsamt hat die Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen der verschiedenen Länder sicherzustellen, jedes Gegeneinanderarbeiten zu verhindern und eine immer feinere Organisierung durchzuführen. Es hat ferner die Aufgabe, für umfassende sachverständige Information der einzelnen Landesorganisationen zu sorgen, sowie auch für die Informierung der Oeffentlichkeit und der Emigranten, noch bevor sie ihren Wohnort verlassen. Schliesslich hat es zu sorgen, dass die Emigration von Land zu Land überwacht wird, der Emigrant auf dem ganzen Wege geschützt und beraten wird, dass er am Reiseziel geeignete Unterkunft und Arbeit findet u. s. w. Zur Erfüllung seiner Aufgaben wird das Zentralwanderungsamt aus folgenden Abteilungen bestehen müssen: 1.) Eine Abteilung für die wissenschaftlishe und statistische Erfassung des gesamten Auswanderungsproblemes. 2.) Eine Abteilung für die Durchführung der Organisation in den Auswanderungsländern. 3.) Eine Abteilung für die Durchführung der Organisation in den Durchwanderungs- und Einwanderungsländern. 4.) Eine Abteilung für die Bewältigung der technischen Schwierigkeiten der Auswanderung und der sanitären Betätigung. 5.) Eine Rechts- und Schutzabteilung für die Emigranten. 6.) Eine Finanzabteilung, die dafür sorgt, dass die finanziellen Abwicklungen, die mit der Auswanderung zusammenhängen, sich zum Besten der Emigranten abwickeln und 7.) Losgelöst von allen diesen Abteilungen, doch im engsten Kontakt mit ihnen, eine Informations- und Auskunftsstelle, deren Aufgaben bereits eingangs angegeben sind. Die Welthilfskonferenz beauftragt die neugewählte Exekutive durch die Zentralwanderungsstelle periodische Konferenzen von Fachmännern für das Emigrationswesen mit den verschieden mit dieser Frage sich befassenden Organisationen der Aus-, Ein- u. Durchwanderungsländer zu organisieren und einzuberufen.

Pogromresolution.

Die in Karlsbad versammelte jüd. Welthilfskonferenz hat mit Erschütterung, Schmerz und Zorn die Berichte über das Martyrium des jüd. Volkes in Osteuropa vernommen und sich davon überzeugt, dass die Kulturwelt nur eine schwache Vorstellung von den ungeheuerlichen Katastrophen besitzt, welche das Judentum Osteuropas seit 2 Jahren unausgesetzt erduldet. Aus einer Reihe von Ländern insbesondere aus dem Lande fortwährender Gewalten und Grausamkeiten gegen die Juden Ungarn und aus der blutgetränkten Ukraine dringt zu uns der Ruf der gequälten jüd. Millionenmassen, die Tag für Tag hingemordet und unmenschlichen Torturen und Bestialitäten ausgesetzt werden. Ueber hunderttausend Ermordete, unzählige Verwundete, Verkrüppelte, Geschändete, Misshandelte, und Beraubte sind eine furchtbare Anklage gegen ihre brutalen Peiniger im Osten und ihre Stützen in anderen Ländern. Die jüd. Welthilfskonferenz hält es für ihre Pflicht, vor der ganzen Kulturwelt einen flammenden Protest zu erheben gegen die offiziellen Mörder und fordert alle diejenigen auf, welche einen Funken von Menschlichkeit in sich bewahrt haben, die schuldigen Verbrecher, ihre Anführer, Initiatoren u. Inspiratoren auf die Anklagebank zu bringen. Die jüd. Welthilfskonferenz wendet sich an alle massgebenden politischen Faktoren mit dem Appell, Schritte zu unternehmen, welche dazu führen sollen, dass die Barbareien, die die Schrecken der spanischen Inquisition übersteigen, endlich aufhören, dass die mörderischen Missetäter und Verbrecher die gebührenden Strafen treffen sollen, und dass alle ihre direkten und indirekten Helfershelfer aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen werden sollen.

Mit unserem Proteste zugleich, ergeht unser brüderlicher Gruss an alle jene unglückseligen Juden, die in der Hölle des grenzenlosen Hasses und unbeschreiblicher Verfolgungen, in der Hölle des Mordes von einer Panik erfasst sind, wie sie ihresgleichen in der Geschichte nicht hat. Mögen sie wissen, dass ihre draussen befindlichen Brüder nicht ruhen und nicht rasten werden, bis die Menschheit sich aufraffen wird, um sie vor dem Untergang zu retten. (Angenommen mit allen gegen eine Stimme).

Interterritorielles jüdisches Hilfskomitee.

Die jüd. Welthilfskonferenz beschliesst, zum Zwecke der Stärkung, Systematisierung und Koordinierung der Tätigkeit sämtlicher für die Kriegs- und Pogromopfer wirkender Hilfsorganisationen des jüd. Volkes ein Zentralorgan einzusetzen, welches folgenden Aufgaben gewidmet sein soll: 1.) Schaffung eines Informationsinstitutes für sämtliche Angelegenheiten des Hilfswerkes zum Zwecke des gegenseitigen Austausches der Erfahrungen und Methoden in der Hilfsarbeit. 2.) Entwicklung einer umfassenden Propaganda für das Hilfswerk, insbesondere in den Ländern, in denen die Hilfsorganisationen bislang in unzureichendem Masse gewirkt haben. 3.) Unternehmung von Schritten, um aus den Organisationen Zentralstellen zu schaffen, zur a) Organisierung der Fürsorge für die durch den Krieg und die Pogrome verwaisten Kinder. b) Zur Vornahme von Massregeln für die Regelung der Aufgaben der Wanderung unter Berücksichtigung der in verschiedenen Ländern bestehenden Gesetze. c) Zur Organisierung von medizinisch-sanitären Hilfsunternehmen. d) Zur Regelung der Geldüberweisungen aus den transozeanischen und anderen Ländern an die Angehörigen in Osteuropa. 4.) Ergreifung der nötigen Schritte in Einklang mit den verschiedenen Hilfsorganisationen zur Koordinierung der Tätigkeit, behufs Verwirklichung der von der Konferenz beschlossenen Resolutionen. Unter Hilfsorganisationen werden überall sowohl die Organisationen verstanden, die Geld sammeln, als auch die, die über die Gelder verfügen. 5.) Vorbereitung der nächsten alljüdischen Hilfskonferenz.

Es ist zu bilden ein Zentralorgan für das 29 Mitglieder von der Welthilfskonferenz zu wählen sind. Diese haben das Recht weitere Mitglieder in unbeschränkter Anzahl mit zwei drittel Majorität zu kooptieren. Dieses Zentralorgan wählt eine Exekutive von 9 Mitgliedern; der Sitz der Zentrale ist London.

Zusammentritt der palästinensischen Delegiertenversammlung.

Herbert Samuel hat das Verbot des Zusammentritts der Asephat Haniwcharim aufgehoben und die Genehmigung erteilt zur Einberufung der Delegiertenversammlung für den Monat Oktober.

(Zionist Bulletin)

Chronik.

Russland.

— Der in Minsk bei den Friedensverhandlungen sich befindende Korrespondent des Londoner „Daily Herald“ berichtet seiner Zeitung über die von ihm beobachteten Verheerungen in den von den Polen verlassenen Gebieten. Er konnte feststellen, dass die Polen die ganze Gegend, die er als Jüdisch-Polen bezeichnet, während ihres Rückzuges systematisch verheert hatten. Fast alle kleinen Städtchen wurden niedergebrannt, wobei die Polen es nur auf die Häuser der Juden abgesehen hatten, während die Häuser und Dörfer der Christen verschont wurden. Ueber 300,000 Personen, hauptsächlich Juden, sollen obdachlos sein. Die Bolschewisten versuchen durch Barackenbau dem Wohnungselend abzuhelfen. Unter den Obdachlosen sind Seuchen ausgebrochen, deren Eindämmung grosse Schwierigkeiten bereitet. Die Lage ist eine verzweifelte.

Litauen.

— In Kowno wurde ein 8klassiges hebräisches Gymnasium geschaffen, dessen Eröffnung mit Erlaubnis des Unterrichtsministers dieser Tage stattfinden soll. Vortragssprache ist von der 1. bis 4. Klasse hebräisch, während in den oberen vier Klassen in der Uebergangsperiode die Gegenstände noch russisch vorgetragen werden, wobei der hebräischen Sprache als solchen zahlreiche Stunden gewidmet sind, um den Uebergang zur ausschliesslich hebräischen Vortragssprache so rasch als irgend denkbar zu ermöglichen.

— Aus Kowno wird berichtet, dass Dr. Schwabe, der Leiter des Departements für Erziehungswesen der Zion. Organisation in Deutschland, auf Einladung des Ministeriums für jüdische Angelegenheiten in Litauen sich nach Kowno begeben hat, um das jüd. Schulwesen in Kowno zu studieren.

Polen.

— Wie unterm 23. ds. aus Warschau berichtet wird, dürfte dieser Tage die Kommission zur Besprechung der jüdisch-polnischen Frage zusammentreten. Es steht noch in Frage, ob der Ministerrat diese Kommission einberufen wird, — in diesem Falle dürfte sie am 30. ds. zusammentreten — oder der sog. Verteidigungsrat, in welchem Falle die Kommission eine gewisse Aenderung in der Zusammensetzung erfahren dürfte und infolge Abwesenheit des Ministerpräsidenten Witos erst etwas später sich versammeln wird.

— Die Verhältnisse in Polen zwingen die jüd. Abgeordneten noch immer zu Interventionen zugunsten der jüd. Bevölkerung. So erschien kürzlich Abg. Grünbaum beim Vertreter des Innenministers Kuczynski, dem er ein Verzeichnis aller grundlos verhafteten Zionisten und Gemeinderäte in der Provinz vorlegte. Der Minister versprach deren baldige Befreiung, wobei in einem Rundschreiben erklärt werden soll, dass der Zionismus keineswegs staatsfeindliche Tendenzen habe. Abg. Grünbaum übergab auch das Tatsachenmaterial über die letzten Vorfälle in Praga und auf der Twardastrasse, bei denen Abg. Hartglass selbst zugegen war. Er verwies auch darauf, dass trotz aller Versprechungen, die national-demokratische Presse von ihrer Wühl- und Hetzarbeit gegen die Juden nicht ablasse. Der Vizeminister gab zu, dass man mit allen Mitteln dem abhelfen müsse, da diese Verhältnisse dem Staate nur Schaden bringen.

— Das amerikanische Hilfskomitee hält fortwährend Sitzungen ab, um über die Frage der zahlreichen Heimlosen zu beraten.

— Um in der Tätigkeit für die Emigranten keine Unterbrechung eintreten zu lassen, hat die Hajas beschlossen, unter allen Verhältnissen in Warschau zu verbleiben. Alle Büros, bis auf das der Auszahlung der Geldüberweisungen, sind weiter tätig.

— In Danzig weilen gegen 5,000 jüd. Emigranten, für deren schleunigste Abreise nach Amerika alle jetzt in Danzig sich befindenden Mitglieder des „Joint“ tätig sind.

— Der jüd. Reichstagsklub intervenierte beim Innenministerium wegen des in Kalisch durch die politische Behörde erlassenen Verbotes, Bücher und Korrespondenz der zion. Organisation in hebräischer Sprache zu führen.

— Der bekannte jüd. Dichter David Einhorn hat sich nach Amerika begeben.

Rumänien.

— Die rumänische Regierung hat ein „Zentralkomitee“ für soziale Assistenz gebildet. Das Gesetz sieht vor, dass demselben die Oberhäupter der verschiedenen Konfessionen angehören. Zum ersten Male wurde neben dem Metropolit-Primas und dem katholischen Erzbischof ein Rabbiner als Vertreter aller Riten des jüd. Kultus ernannt u. zw. in der Person des Rabbiners Dr. J. Niemirower, Bukarest.

Deutschland.

Auslieferung jüd. Miiltärflüchtlinge an Polen.

Der Berliner R.-Korrespondent der „J.P.Z.“ berichtet: Die im Gefolge der deutschen Neutralitätsdemonstration in Kattowitz entstandenen blutigen Ausschreitungen haben zu einer judenfeindlichen Aktion Anlass gegeben, wie sie in dieser Art selbst in unserer, an Judenverfolgungen reichen Zeit einzig dasteht. Die deutsche Polizei hat eine grosse Razzia auf Ostjuden veranstaltet, insbesondere unter den Arbeitern und der ärmeren jüdischen Bevölkerung, hat etwa 1500 Personen unter brutalen Misshandlungen aus ihren Häusern und von den Arbeitsstätten geholt und ins Gefängnis geführt; dort wurden ihre Papiere von deutschen Beamten unter Aufsicht französischer Offiziere geprüft, wobei auch deutsche Pässe und Aufenthaltsbewilligungen nicht anerkannt wurden. Die meisten der Verhafteten erklärten sie seien Deserteure, die geflohen sind, um dem polnischen Militärdienst zu entgehen. Daraufhin wurden diese Menschen wie Vieh auf Lastautos verladen und über Myslowitz ins polnische Gebiet hinein abgeschoben. Der Polizeipräsident verweigerte eine Abordnung zu empfangen, die zu Gunsten der unglücklichen Opfer intervenieren wollte. Die ganze Aktion wurde von deutschen Beamten und der deutschen Sicherheitspolizei durchgeführt. Es handelt sich hier um einen eklatanten Fall von Neutralitätsverletzung, da es eine auch während des langen Krieges für völlig unzulässig anerkannte Uebung ist, militärische Flüchtlinge an die Militärgerichtsbarkeit ihres Landes auszuliefern. Besonders hervorzuheben ist, dass kein einziger Pole angetastet wurde, sondern ausschliesslich Juden. Die zuständige jüdischpolitische Stelle in Berlin hat sofort nach Bekanntwerden des Ereignisses energisch bei den deutschen Zentralbehörden und bei den Vertretern der Okkupationsmacht interveniert, den schärfsten Protest eingelegt und Genugtuung sowie Bestrafung der schuldigen Beamten gefordert.

— R. Sonnabend am 21. d. M. wurden aus dem Barackenlager in Myslowitz 400 jüd. Flüchtlinge von polnischen Insurgenten zusammengepackt und über die polnische Grenze abgeschoben. Die franz. Okkupationsbehörde hatte zwar einen Gegenbefehl erlassen, worin die Abschiebung verboten wird, in der Tat haben aber weder die französischen noch die deutschen Beamten etwas unternommen, um diese rechtswidrige Handlung zu verhindern. Da es sich vor allem um Deserteure handelt, die auf deutschem Gebiet Schutz gesucht haben, ist durch diese Auslieferung das Schicksal der Flüchtlinge ein tragisches geworden.

Berlin. R. Im „Acht-Uhr Abendblatt“ setzt der frühere deutsche Reichskanzler August Müller in ausführlichen Darlegungen auseinander, welchen grossen politischen Schaden der Antisemitismus Deutschland gebracht hat. Er stellt der deutschen Judenhetze das englische Beispiel gegenüber und verweist darauf, von welcher ausserordentlichen Bedeutung die, durch judenfreundliche Politik, besonders durch die Verheissung der Errichtung des Judenstaates in Palästina gewonnenen jüdischen Sympathien für Englands politische Weltstellung im Kriege gewesen sind und wie sehr der deutsche Antisemitismus der antideutschen Propaganda Nahrung gab. Besonders eingehend betont Müller die wirtschaftlichen Folgen dieses Verhaltens, da die ungeheure wirtschaftliche Kraft der Juden, die vor dem Kriege eines der wirkungsvollsten Bindemittel zwischen der deutschen und der russischen Volkswirtschaft gewesen sind, allmählich immer mehr in den Rahmen der englischen Wirtschaftswelt eingegliedert wird. So besorge der deutsche Antisemitismus die Geschäfte der englischen Konkurrenz.

Holland.

Amsterdam A. E. Das orthodoxe „Nieuw Israelitisch-Weekblad“ in Amsterdam entwickelt für die orthodoxe Judenheit folgendes politische Programm: Gleiche politische und gesellschaftliche Rechte für Juden, wie für Nichtjuden. Die jüdische Religion muss, gleich allen anderen Religionen, anerkannt werden und event. gleiche finanzielle Unterstützung seitens des Staates geniessen. Der Staat soll gesetzlich festlegen, dass ein Jeder am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, ohne irgendwie mit seinen Religionsvorschriften in Konflikt kommen zu müssen. Es soll jedem freistehen, sich überall niederzulassen und niemand darf deshalb ausgeschlossen werden, weil er Jude ist. Falls die Juden irgendwo die Majorität erlangen, sollen ihnen auch die Rechte der Majorität zustehen.

England.

— Der Verband der ukrainischen Juden hat die Nachricht erhalten, dass in der Ukraine eine neuerliche Pogromwelle ausgebrochen sei. In den Berichten werden zahlreiche Städtchen erwähnt, in denen die antibolschewistischen Soldatenbanden gegen die Juden Exzesse verübt haben.

— Die Misrachi-Exekutive sandte folgendes Telegramm an Herbert Samuel: Seitens der Misrachi-Org. drücken wir unsere grosse Freude aus über Ihre Erklärung des Sabbaths als Ruhetag für alle Juden im Regierungsdienst. Wir erblicken darin einen wirklichen Anfang zur Rückkehr jüd. Geistes in Zion. Gez. Die Exekutive, Meier Berlin, Hertz, Farbstein, Stuart Samuel, Pick, worauf folgende Antwort einlief: Genehmigen Sie meinen herzlichen Dank für Ihr Telegramm. Ich schätze die darin ausgedrückten Gefühle nach ihrem vollen Werte. Herbert Samuel.

Amerika.

— Ueber 400 Delegierte ungarischer Vereine versammelten sich am 4. Aug. in New-York, um die Ausweisung des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Karl Huszar zu erwirken. Der Vorsitzende, Dr. Bichler, teilte mit, dass ihm Huszar selbst erklärt habe, es würden 50,000 Juden in Ungarn ausgerottet werden, falls man seine Ausweisung durchsetzen würde. Huszar sei angeblich nach Amerika gekommen, um für die Befreiung der ungarischen Kriegsgefangenen in Sibirien zu wirken. Dies sei jedoch nur ein Vorwand, da das Rote Kreuz, wie auch das Joint Distribution Committee erklärt haben, dass sie in dieser Angelegenheit tätig sind und ein Ausländer darin nicht behilflich sein könne. Vorgelesene Telegramme, die an den ungarischen Verband gelangt waren, betonen, dass die Lage der Juden in Ungarn noch viel schlimmer sei, als im ehemaligen Russland oder dem jetzigen Polen. Die Versammlung beschloss, alle Schichten des jüd. Volkes in Amerika zu vereinigen, um die sofortige Ausweisung Huszars und die Verunmöglichung seiner weiteren Propaganda in Amerika zu erwirken. Die Exekutive des jüd. Kongresses hat ihre Unterstützung zugesagt.

— Wie der Emigrations-Kommissär von Ellis Island erklärte, dürften nach seinen Informationen im kommenden Jahre wöchentlich mindestens 1000 jüd. Emigranten aus Polen zu erwarten sein. Zahlreiche Firmen haben Gesuche eingereicht, dass man ihnen die Emigranten als Arbeiter zuweise. Viele Emigranten wenden sich nach dem Westen mit Ausnahme der Italiener und Juden, die grösstenteils in New-York bleiben.

Kanada.

— Die Kanadische Regierung hat bereits die Erlaubnis zur Ueberführung jüd. Kriegswaisen aus der Ukraine nach Kanada erteilt. Die Kampagne für die Ueberführung der ersten tausend Waisen, zu welchem Zweck ein Fonds von einer halben Million Dollars geschaffen werden soll, hat unter Mithilfe von Prof. Chaifez begonnen.

— Der kanadische Immigrationsminister, Calder, beabsichtigt im Laufe des Sommers sich nach England zu begeben, um von dort aus eine rege Agitation zu Gunsten der Einwanderung nach Kanada zu entfalten.

— Der bekannte polnische Misrachi-Führer, Rabb. Graubart aus Staszow, wurde zum Oberrabbiner von Toronto gewählt.

Palästina.

— Am 9. August fand in Jerusalem in feierlicher Weise und in Anwesenheit Herbert Samuels und zahlreicher Notabeln die Eröffnung einer Schule für Altertumsforschung statt. Die jüd. Gesellschaft für die Erforschung Palästinas bestimmte zwei Schüler für den Besuch dieser Schule.

— Auf Grund einer Unterredung Ben Jehudas mit dem Oberkommissär erhielt die jüd. Gesellschaft zur Erforschung des Landes und seiner Altertümer die Erlaubnis, wissenschaftliche Ausgrabungen an 5 in Palästina in Betracht kommenden Orten vorzunehmen. An einen dieser Orte hat sich Ben Jehuda am 6. Aug. in Gesellschaft weiterer Vereinsmitglieder begeben; für baldige Aufnahme der Arbeiten ist gute Aussicht vorhanden.

— Herbert Samuel besichtigte das im Hause Ussischkins untergebrachte landwirtschaftliche Museum, wobei ihm der Leiter dieser Sammlung, Agronom Ettinger, die verschiedenen Blumen und Früchte erklärte. Samuel brachte der Sammlung hohes Interesse entgegen. Die mannigfachen Pflanzenarten sind durch Herrn Tschizik neben ihren wissenschaftlichen auch mit hebräischen Bezeichnungen versehen worden.

— Die Post- und Telegraphenleitung ist mit der Instandsetzung und Neueinrichtung des Telephondienstes in Jerusalem beschäftigt. Ausser in den Staatsämtern ist jetzt auch Telephon-Einrichtung bei den Banken, Hotels und den meisten grösseren Geschäftshäusern zu finden. 150 eingerichtete Anschlüsse sind bereits vorhanden und zahlreiche weitere sind angemeldet, konnten jedoch bisher aus Mangel an Apparaten nicht eingerichtet werden. Anfangs August erhielten alle Abonnenten auch die Erlaubnis zur Führung interurbaner Gespräche. Der Abonnementspreis beträgt 10 ägyptische Pfund pro Jahr, ausser der einmaligen Gebühr von 5 Pfund für die Installation.

— Am 3. August erschien namens des Komitees für die Pogromschäden eine Deputation, bestehend aus Rabb. Epstein, Moses Balwi und J. Blum bei dem Bezirksverwalter Leutnant Colonel Pupham, um mit

ihm die Entschädigungs-Frage der gegen 70,000 ägyptische Pfund betragenden Pogromschäden zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit überreichte sie auch dem Bezirksverwalter ein schriftliches Memorandum. Puppham versprach, der Deputation demnächst eine Audienz beim Oberkommissär zu erwirken.

— Prof. Geddes bereitet einen Rechenschaftsbericht über seine Pläne für den Bau der jüdischen Ansiedelungen in Haifa und Tiberias vor. Die Ausarbeitung der Pläne für Jerusalem musste, infolge Mangels genauer Karten, unterbrochen und auf später verschoben werden. Statt, wie ursprünglich geplant, seine Ferienzeit der Universität in Bombay zu widmen, entschloss sich Prof. Geddes, auch den Sommer über in Palästina zu verbleiben, um seine Pläne für den Bau der Ansiedelungen fertig zu stellen, damit er das nächste Jahr ganz seiner Arbeit für die jüd. Universität obliegen könne, falls ihm ein diesbezügl. Auftrag von der zion. Organisation zugeht. In den nächsten Wochen beabsichtigt Prof. Geddes eine Ausstellung der Pläne der Städte- und Kolonienbauten in Jerusalem zu veranstalten.

— Infolge Arbeitsüberhäufung hat der Jerusalemer Misrad Harabanuth beschlossen, statt wie bisher stets in einem Sechser Kollegium von nun an 2 Mal wöchentlich in einem Dreier und nur einmal wöchentlich — bei wichtigeren Entscheidungen — in einem Sechser Kollegium zu tagen.

— Ein Delegierter von 5000 jüd. Kriegsgefangenen aus Oesterreich, die sich in Tobolsk befinden, weilt in Jerusalem, um die Bedingungen für die Immigration dieser Kriegsgefangenen nach Palästina kennen zu lernen.

— Wie aus Jerusalem telegraphiert wird, wurde Major Bianchini, der seinerzeit noch Mitglied der ersten Palästina-Kommission war, von Beduinen in verräterischer Weise ermordet.

Presse- und Verlagsnotizen.

— R. Die „Zukunft“ Maximilian Hardens veröffentlicht in Nr. 45 einen ausführlichen Artikel von Richard Lichtheim über „Die Heimkehr der Juden“, in welchem die Bedeutung des gegenwärtigen Momentes für die jüd. Geschichte und die Entwicklung, welche von der Emanzipation der Juden über den politischen Zionismus bis zu der Entscheidung der Friedenskonferenz in San Remo in fesselnder und sachlicher Darstellung auseinandersetzt.

— Die „Arbeit“, Berlin, das Organ der deutschen Landesorganisation „Hapoel Hazair“, hat zum Andenken an Gustav Landauer ein Landauer Gedenkheft herauszugeben, das ausser mehreren Beiträgen über Landauer von Martin Buber, Arnold Zweig, Siefried Lehmann, Hans Kohn, S. Lofban (Palästina) vor allem einige unbekannte Arbeiten Landauers veröffentlicht, z. B. auch seinen bisher ungedrukten Vortrag über Judentum und Sozialismus.

— Das 180 Seiten starke Doppelheft 4 und 5 des „Haschiloach“ ist bei der „J.P.Z.“ eingetroffen. Es enthält u. a. Beiträge von Mirkin, Aharoni, Dr. Reider, Dr. Slousch, Feigin, M. Lifschitz, Jeruschalmi, Dr. Klausner, Kimchi, Kopliwitz, Almaliach, Sch. A. Pen (Reiseeindrücke), Ludwipol, Smilanski.

— Das bei der „J. P. Z.“ eingetroffene 11. Heft des „Miklath“ enthält Beiträge von Ben Zion, Dr. I. Kaufmann, Dr. Klatzkin, Fichmann, Schimonowitsch, Regelsohn, Apatoschi, D. Vogel, Bar Tobia, P. Ginzburg, Maksimon, Ben Gorion, D. Friedmann J. Rabinowitz.



Empfehlenswerte Firmen in Basel



Fördert die gemeinnützigen Institutionen im heiligen Lande!
Spendet für das Schweizerische Komitee für Erez Jisroel!
Postcheck-Konto Basel V 708

Spendet zu Gunsten des isr. Hilfsfonds in der Schweiz
Donnez en faveur de l'Oeuvre de Bienfaisance juive en Suisse
Postcheck-Konto VII 915, Luzern

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich